

Kein deutscher König

von Erik Lehnert

Was in anderen europäischen Ländern seit jeher zum Alltag gehört, gibt es in Deutschland nicht mehr und ist zudem mit einem Stigma behaftet: einen König oder wenigstens eine Königin. Das Stigma bezieht sich auf den vordemokratischen Ursprung der Institution, König kann schließlich nicht jeder werden. Im krassen Gegensatz dazu steht die Beliebtheit von Hochzeiten in königlichen Häusern oder Inthronisierungen, jüngstes Beispiel sind die Niederlande. Früher war das ein Betätigungsfeld der Boulevardpresse, heute übertragen auch vermeintlich seriöse Sender solche Ereignisse live. Kaum vorstellbar ist, daß Hochzeiten von Industriellen und Politikern jemals ein solches Interesse hervorrufen könnten. Am tatsächlichen Einfluß kann es also nicht liegen, viel eher am Ausschließlichkeitscharakter der Person, um die es geht, und am Abglanz des Goldenen Zeitalters der monarchischen Ordnung.

Wenn heute, im Jahr 2013, über die Monarchie in Deutschland gesprochen wird, klingt das bestenfalls wie ein Märchen aus fernen Zeiten. Auch werden wir sofort an die unheilvolle Rolle Wilhelms II. erinnert. In diesem Zusammenhang ist der Bestseller von Florian Illies, 1913, bezeichnend, der den Hintergrund der kulturellen Fülle, die er präsentiert, völlig ausblendet. 1913 war eben auch das Jahr des 25jährigen Thronjubiläums Wilhelm II., das Kaiserreich blickte auf eine 40jährige Friedenszeit zurück. Dieser Kaiser kommt aber nur an wenigen Stellen vor und erscheint in einem wenig schmeichelhaften Licht. Im krassen Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß all das, was danach kam, unmittelbar und mittelbar, demgegenüber unbeständig und wenig vertrauenserweckend war, so daß es sowohl nach 1918 als auch nach 1945 durchaus ernsthafte Bemühungen gab, die Monarchie zu erneuern, um so wieder zu einer dauerhaften Ordnung zu gelangen.

Das klingt heute absurd und so reaktionär, daß es schon wieder als liebenswerter Spleen durchgehen kann, keinesfalls aber als politische Äußerung. Doch auch von alliierter Seite wurden ähnliche Schlüsse gezogen. Der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan, äußerte sich beispielsweise 1951: »Wir haben zwei Kriege geführt, um die Deutschen zu verändern und zu erziehen. Gäbe es heute eine Chance, das Deutschland von 1913 wiederherzustellen – ein von konservativen, aber gemäßigten Leuten geführtes Deutschland, nicht nazistisch und nicht kommunistisch, ein kräftiges Deutschland, geeint und nicht okkupiert ..., so würde eine solche Lösung zwar nicht jedermann zufriedenstellen; es würde aber keine so schlechte Lösung sein.«

Hier wird deutlich, daß die Hochschätzung der Monarchie kein Feuer mehr hatte, denn es wurden rationalistische Gründe ins Feld geführt, die in einem ungünstigen Spannungsverhältnis zu den mythischen Begründungen stehen, die das Königtum eigentlich hat. Es gibt aber auch in demokratischen Zeiten die Möglichkeit, Monarchien zu restaurieren, die,

»Regimes, die der Revolution von unten entstammen, wie die unbeschränkte liberale Demokratie, die allemale in den Absolutismus umschlägt, werden auf Dauer niemals Ordnung schaffen können, sondern bestenfalls organisieren sie das Chaos auf kurze Zeit. Reine plebiszitäre Demokratie, die sich auf keine andere Legitimation als den sich rasch wandelnden Volkswillen stützen kann, ist keine wirkliche Ordnungsmacht ... Eines Tages kommt möglicherweise sogar das souveräne Volk dahinter, daß es mit der Enthronung seiner Fürsten kein gutes Geschick eingehandelt hat, und dann will es seine angestammten Obrigkeiten wiederhaben.«

Hans-Joachim Schoeps:
Kommt die Monarchie?
S. 27.

wie der Fall Spanien zeigt, durchaus funktionieren können (selbst wenn der Monarch durch bürgerliche Eskapaden aus der Rolle fällt).

Daß es nach 1918 in Deutschland zahlreiche Monarchisten mit entsprechenden Verbänden und Zeitschriften gab, kann also nicht verwundern, obwohl auch damals schon, also unmittelbar nach der Abschaffung, eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Institution zu verzeichnen war und man das Abdanken der deutschen Königshäuser recht gelassen zur Kenntnis nahm. Nach 1945 war die Situation für die Monarchie denkbar schlechter. Gesiegt hatten, gefühlt jedenfalls, die Demokratien, auch wenn unter den Siegermächten eine kommunistische Diktatur und eine konstitutionelle Monarchie waren. Für die westlichen Besatzungszonen sahen die Alliierten jedenfalls die parlamentarische Demokratie (mit gewissen Abstrichen) vor. Eine Berechtigung der Monarchie konnte sich in dieser Situation eigentlich nur aus der Überzeugung ableiten, daß unter dem Kaiser alles besser gewesen sei, daß das Chaos mit dem Ende der Monarchie begonnen hätte, und schließlich, daß sowohl der demokratische als auch der diktatorische Versuch in Deutschland gescheitert seien.

Es gab also genügend Gründe, für die Monarchie zu optieren, und dementsprechend breit war auch das Spektrum, das sich zunächst danach aufspaltete, welchem ehemaligen Herrscherhaus man die Krone antragen sollte. Neben den Hohenzollern, die naturgemäß die größte Anhängerschaft hatten, gab es starke Bewegungen für die Habsburger, die Wittelsbacher und die Welfen. Jedoch waren eigentlich nur die Hohenzollern ein Herrscherhaus, das Anspruch auf die gesamtdeutsche Krone erheben konnte. Die Habsburger, mit wesentlich älteren Ansprüchen ausgestattet, hatten für den Teil Deutschlands, auf dem sich die Westzonen befanden spätestens seit 1806 an Bedeutung verloren. Hinzu kam, daß die Hohenzollern von der untergründigen Wertschätzung Preußens, die immer noch existierte, profitieren konnten und teilweise in eins gesetzt wurden.

Institutionell äußerte sich das Eintreten für die Monarchie vor allem in Parteien und Sammlungsbewegungen, wobei erstere bereits im Laufe der fünfziger Jahre die Wahrnehmungsschwelle nicht mehr überschreiten konnten. Insbesondere aus dem Spektrum der ehemaligen DNVP gab es seit Kriegsende entsprechende Parteigründungen (Deutsche Konservative Partei, Deutsche Aufbaupartei, die sich schließlich zur Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei vereinigten). Hier spielten Reinhold Wulle, der in der Monarchie die natürliche Staatsform der Deutschen sah, und später Adolf von Thadden eine Rolle. Als die Partei bei der Bundestagswahl 1949 in Niedersachsen 8,1 Prozent erreichen konnte, waren die monarchistischen Bestrebungen allerdings bereits in den Hintergrund getreten. In der Frühphase der Partei forderte man die Einführung eines sozialen und konstitutionellen Königtums und hoffte damit nicht zuletzt auf Sympathien bei den britischen Besatzern, die allerdings ausblieben. Der Tod Wulles 1950 setzte der Initiative ein Ende.

Bei den Sammlungsbewegungen, die den Spagat der Parteien zwischen monarchischer Gesinnung und demokratischer Legitimierung nicht zu machen brauchten, gab es die kurzlebige »Volksbewegung für Kaiser und Reich« und die bis heute existierende Vereinigung »Tradition und Leben«, die 1949 von Heinrich von Massenbach, der schon in den dreißiger Jahren als Monarchist gewirkt hatte, als Briefreihe und Zeitschrift ins Leben gerufen wurde. Bald gab es Vortragsveranstaltungen (vor allem im rheinischen Raum), die immer größeren Umfang annahmen, so daß es 1959 zur Gründung der »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens – Tradition und Leben« (TuL) kam. Entscheidend für den relativen Erfolg waren das Wohlwollen, das der Thronprätendent Louis Ferdinand dem Verein entgegenbrachte, und das unermüdliche Wirken von Massenbach, so daß dessen Tod 1962 eine Zäsur bedeutete. Mitte der siebziger Jahre kamen zunehmend junge Leute zu TuL, die die Propaganda für den monarchischen Gedanken dynamisierten und modernisierten.

Hinzu kamen einige Lichtblicke wie verschiedene Umfragen im Vorfeld der 1969er-Bundespräsidentenwahlen, die bis zu 55 Prozent Zustimmung für Louis Ferdinand brachten. Das war natürlich rein symbolisch zu verstehen, weil keiner der Befragten den Präsidenten wählen durfte. Auch institutionell weitete sich TuL durch die Vortragsveranstaltungen im Rahmen des Zollernkreises und des Preußeninstituts, eines »Instituts zur

»Die Macht der Demokratie, die Recht setzen will, kann sich niemals anders legitimieren als durch den Stimmzettel des gemeinen Mannes; die Legitimität der Monarchie ist durch ihre ursprünglich transzendente Bindung an einen objektiven Amts- und Ordnungsauftrag unmittelbar gegeben. Der König »garantiert durch sein Charisma die Legitimität der bestehenden Ordnung« (M. Weber). Legitimität aber ist das, wonach unsere Zeit, wenn nicht alle Zeichen trügen, elementar verlangt.«

Hans-Joachim Schoeps:
Kommt die Monarchie?
S. 60.

Förderung der preußischen Staatsauffassung sowie des Geschichts- und Kulturbewußtseins«, aus. Jedoch verlor auch hier die Bindung an den monarchischen Gedanken an Kraft, und man verlegte sich allgemein auf eine Pflege der konservativen, preußischen Staatsauffassung.



In all den zuletztgenannten Institutionen war zeitweise Hans-Joachim Schoeps anzutreffen, der sicher der originellste Vertreter des monarchistischen Gedankens in der frühen BRD gewesen ist. Das hängt nicht nur mit seiner außergewöhnlichen Biographie und seiner exponierten Stellung im Wissenschaftsbetrieb zusammen, sondern auch mit seinem Talent, sich durch das konsequente Vertreten von Minderheitenmeinungen zwischen alle Stühle zu setzen. War schon seine gleichzeitige Betonung des Jude- und Preußenseins für viele schwer nachvollziehbar, so war sein Engagement, das er kurz nach seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil für Monarchie und Preußen entfaltete, für die Kreise, denen er sich äußerlich zurechnen durfte – Professoren und Exilanten –, eine anachronistische Mischung.

Öffentliche Aufmerksamkeit erregte er, als er am 18. Januar 1951 eine Rede zum 250. Geburtstag des Königreichs Preußen hielt, die als Broschüre auf große Resonanz traf. Unter Bezugnahme auf die preußischen Hochkonservativen verteidigte

er Preußen gegen den Vorwurf des Militarismus und stellte es als Rechtsstaat dar. Dabei ging er auch an der Bedeutung der Monarchie nicht vorbei: »Was die Monarchie aber positiv bedeutet hat und was wir mit der Entthronung des Hauses Hohenzollern wirklich verloren haben, das können wir erst heute, 32 Jahre nach dem Ende der Monarchie in Preußen und Deutschland, ganz ermessen und gerecht beurteilen.« Das Königtum von Gottes Gnaden sei dem Bewußtsein der modernen Massen unverständlich, weil dahinter das preußische Prinzip als konstitutionelle Bindung zwischen Herrscher und Volk stehe: »Nicht das Volk ist souverän, sondern der Monarch; nicht das Volk regiert, sondern der König. Erst dann sind nämlich im tiefsten Sinne die Rechte des Volkes garantiert und die Freiheiten gesichert. Es ist nicht wahr, daß die Demokratie endgültig die Menschenrechte gesichert und die Freiheiten vergrößert hätte.« Mit dem Prinzip der Volkssouveränität hätten die Nationalstaaten gesiegt und mit ihnen ein Revolutionsprinzip, das zu keiner dauernden Ordnung fähig sei. Das aber sei eine wesentliche Leistung der preußischen Könige gewesen, die bis heute die Anziehungskraft dieser Zeit ausmache. Abschließend plädiert Schoeps für eine Spitze, die autoritär und konstitutionell sei, weil sich nur so die Gefahr der Volksdemokratie, sich einem Führer hinzugeben, abgewendet werden könne. Das sei eben die Krone, unabhängig von den Parteien: »Das preußische Königtum hat dem ganzen Reich gedient und es repräsentiert mit dem Ziele, königlichen Willen und Volkswillen in der Staatslenkung einander durchdringen zu lassen.«

Auf diese Passagen hat es zahlreiche positive Zuschriften an Schoeps gegeben, so daß sich dieser der Frage der Wiedereinführung der Monarchie ernsthaft widmete und die rechtlichen Möglichkeiten überprüfte. Dazu wandte er sich mit einem Brief an Ernst Rudolf Huber, den er offenbar aus jugendbewegten Kreisen kannte und der als Schmitt-Schüler einiges zur konstitutionellen Monarchie veröffentlicht hatte. Er bat Huber, zwei mögliche Wege zu prüfen: einmal den der Volksabstimmung oder den der plebiszitären Wahl des Bundespräsidenten, für den dann Louis

»Daher müssen wir uns vor Augen führen, daß eine etwaige Erneuerung der monarchischen Institution in Deutschland nichts anderes bedeuten kann als eine wünschenswerte Retardierung, die eine sich heiß laufende Maschine in ein ruhigeres und weniger gefährvolles Tempo bringt. Aber weder kommt dadurch der Zug zum Stehen, noch wird er rückwärts fahren, noch zu einer anderen Zielstation als die das Schicksal uns bereit hält.«

Hans-Joachim Schoeps:
Kommt die Monarchie?
S. 66.

Ferdinand überparteilich aufgestellt werden sollte. Huber verwarf diese beiden Möglichkeiten und sah die staatsrechtlichen Probleme als sekundär an, weil die Verfassung (respektive das Grundgesetz) genau das, die Wiedereinführung der Monarchie, ausschließt. Als einzig legalen Weg erkannte er die Wiedervereinigung Deutschlands, die das Grundgesetz obsolet machen und eine »legitimierende und autoritätsbegründende historische Leistung« darstellen würde. Huber äußerte aber auch grundsätzliche Zweifel an einer Restauration, weil sie der geistigen Wandlung bedürfe. Eine Restauration durch »legale Überleitung« oder faktische Machtergreifung würde nicht genügen. Er sah in dem Bedürfnis, durch den König den Pluralismus zu neutralisieren, eine »bloß technisch-rationale Motivation«: »Wenn diese nicht von irrationalen Energien durchdrungen und verwandelt wird, wäre das Ergebnis im Grund kein Königtum, sondern eine Art Erb- oder Wahlpräsidentschaft.«

Schoeps hat sich dadurch nicht abschrecken lassen und sein Ziel weiterverfolgt. Es kam zu zwei Tagungen, jeweils im Januar 1952 und 1953, zu denen sich ein recht illustrierter Kreis von Monarchisten versammelte, darunter Hans-Joachim von Merkatz, damals Staatssekretär, später Bundesminister, und Erik Reger, der einflußreiche Mitherausgeber und Chefredakteur des Berliner *Tagesspiegel*. Auch Louis Ferdinand sah Schoeps' Wirken wohlwollend, schloß aber eine direkte Beteiligung aus. Die beiden Tagungen hatten keine konkreten Folgen und verliefen unbefriedigend. Schoeps entschloß sich jedoch zur publizistischen Offensive, hielt zahlreiche Vorträge und veröffentlichte die Broschüre *Kommt die Monarchie?* Der Untertitel deutet an, daß es nicht um die Monarchie als Selbstzweck ging, sondern um »Wege zu neuer Ordnung im Massenzeitalter«, das Schoeps von Nivellierung und Technisierung geprägt sah.

Dazu muß angemerkt werden, daß Schoeps 1953 von einem Krisenszenario ausging, das so nicht eintrat. Insbesondere prophezeite er ein baldiges Ende des Wohlstands und damit das der fragilen Ordnung der BRD. Die von ihm beschriebenen Mängel (Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit) waren und sind zwar richtig erkannt, traten aber noch nicht offen zutage. Die Monarchie sei dagegen in der Lage gewesen, alle gesellschaftlichen Gruppen auf ein Drittes, die Krone, hin zu ordnen, was ihnen die Freiheit gegeben habe, für das Ganze einzustehen. Als Schoeps dann dazu überging, die realen Chancen für eine Monarchie zu beurteilen, konnte er allerdings nur das wiederholen, was Huber schon ausformuliert hatte (allerdings ohne diesen zu nennen). Obwohl er sich des Legitimitätsmangels einer erneuerten Monarchie bewußt war, sah er in der rein zweckrationalen Beziehung kein grundsätzliches Problem.

Schoeps' letzter konkreter Versuch für die Wiedererrichtung der Monarchie war die Überredung Louis Ferdinands, sich im Januar 1954 als Kandidat für die Bundespräsidentenwahl aufstellen zu lassen. Der zeigte sich nicht abgeneigt, wollte sich aber nicht exponieren. Das führte zu den geheimen Planungen zur Gründung eines »Volksbunds für Monarchie«, der den Thronprätendenten quasi per Akklamation aufrufen sollte. Da die Planungen durch die Sekretärin von Schoeps dem *Spiegel* zugetragen wurden, der daraus eine Enthüllungsgeschichte über monarchistische Umtriebe machte, zerschlug sich das Ganze. Schließlich resignierte Schoeps und stellte nach der Wiederwahl von Theodor Heuss alle diesbezüglichen Aktivitäten ein. Auch wenn er weiter von der Überlegenheit der Monarchie überzeugt war: an eine echte Chance der Restauration hat er nicht mehr geglaubt.

Ob es diese Chance überhaupt einmal gegeben hat, ist fraglich. Das betrifft weniger die verfassungsrechtlichen Fragen, weil die sich, wie 1933 gezeigt hat, schnell erledigen können, sondern die grundsätzlichen Bedingungen einer Restauration. »Eine restaurierte Monarchie kann nur durch einen starken Ruck nach rechts ins Leben treten. Sie wird sofort zum Magnet für alle reaktionären Hoffnungen und Interessen« (Friedrich Meinecke). Eine kontinuierliche Monarchie wird grundsätzlich, bei aller Kritik, auch von ihren Gegnern akzeptiert, weil sie eben über die notwendige Legitimität und Tradition verfügt. Die Faszination, die davon immer noch ausgeht, kann kaum unterschätzt werden. Allerdings folgt aus dem Interesse der Massen an einer königlichen Hochzeit noch kein politisches Bekenntnis zur Monarchie, insbesondere dann nicht, wenn es einen Rechtsruck voraussetzt.

Literaturhinweise:

Hans-Christof Kraus:
»Eine Monarchie unter dem Grundgesetz? Hans-Joachim Schoeps, Ernst Rudolf Huber und die Frage einer monarchischen Restauration in der frühen Bundesrepublik«, in: ders./Heinrich Amadeus Wolf (Hrsg.): *Souveränitätsprobleme der Neuzeit. Freundesgabe für Helmut Quaritsch anlässlich seines 80. Geburtstages*, Berlin 2010, S. 43–69;

Frank-Lothar Kroll:
»Hans-Joachim Schoeps und Preußen«, in: Gideon Botsch/Joachim H. Knoll/Anna-Dorothea Ludwig (Hrsg.): *Wider den Zeitgeist. Studien zum Leben und Werk von Hans-Joachim Schoeps*, Hildesheim 2009, S. 105–137;

Friedrich Meinecke:
»Das Ende der monarchischen Welt« (1922), in: ders.: *Werke* Bd. 2, Darmstadt 1958, S. 344–350;

Hans-Joachim Schoeps:
Die Ehre Preußens, Stuttgart 1951;

ders.: *Kommt die Monarchie? Wege zu neuer Ordnung im Massenzeitalter*, Ulm 1953;

Joachim Selzam: *Monarchistische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989*, Diss. Erlangen-Nürnberg 1994.